



## DÉLÉGATION SUISSE

près l'AELE et le GATT

9-11, rue de Varembe

1211 GENÈVE 20

Case postale 194

Tél. 022 33 52 00

EFTA 764.1 - GY/lt

an	ATZ 45	UP			
Datum	12.12	11			
Visa	11	11			
EPD		06.12.78		Gen 5. Dezember 1978	
Ref.	S.C.H. 775.0				

S.C.H. 770.0 ✓

Notiz an das Integrationsbüro

Sitzung der hohen Beamten  
über die Beziehungen zwischen  
den EFTA-Ländern und der EG,  
22. November 1978 in Genf

Am 22. November 1978 fand in Genf eine Sitzung hoher Beamter über die Beziehungen zwischen den EFTA-Ländern und der EG statt. Die Sitzung wurde von Botschafter Rantanen aus Helsinki präsiert. Die schweizerische Delegation leitete der Direktor der Handelsabteilung des EVD.

Die laufende GATT-Verhandlungsrunde

Bevor die hohen Beamten ihre Diskussion über die Beziehungen zwischen den EFTA-Ländern und der EG aufnahmen, besprachen sie auf schweizerische Initiative kurz die laufende GATT-Verhandlungsrunde. Der Direktor der Handelsabteilung legte einleitend dar, dass sich die MTN gegenwärtig in einer entscheidenden Phase befinden. Deshalb schlug er vor, dass die EFTA-Länder im Pressecommuniqué über die Ministerkonferenz dazu substantiell Stellung beziehen. Man stehe in der gegenwärtigen Verhandlungssituation vor zwei Alternativen: Entweder werde beschlossen, die Verhandlungen nur reduziert weiterzuführen, bis der amerikanische Kongress den "Waiver on countervailing duties" verlängert hat, oder man bemüht sich, vor Ende des Jahres zu ersten, ausgewogenen und substantiellen Ergebnissen in den MTN zu kommen. Schweizerischerseits schlug man vor, dass sich die EFTA-Länder im Pressecommuniqué klar zugunsten der zweiten Alternative aussprechen, was von den übrigen EFTA-Ländern unterstützt wurde. In Beilage I befindet sich der Text auf den sich eine speziell dafür eingesetzte Reaktionsgruppe in dieser Angelegenheit einigen konnte.

Beziehungen zwischen den EFTA-Ländern und der EG1. Aufrechterhaltung und Förderung des Freihandels in Europa1.1 Das Funktionieren der Freihandelsabkommen

Alle EFTA-Länder erklärten sich weitgehend befriedigt über das Funktionieren der Freihandelsabkommen. Schweden, Norwegen und Finnland



berichteteten, dass der Handel seit Abschluss der FHA sich stabilisiert habe, was angesichts der weltwirtschaftlichen Entwicklung im Verlauf der letzten Jahre als Erfolg bezeichnet werden könne. Der schwedische Delegierte unterstrich besonders die Bedeutung der Freihandelsabkommen im Kampf gegen den Protektionismus und bei der Erhaltung eines liberalen Welthandelssystems. An Problemen erwähnten die nordischen Länder Schwierigkeiten im Papier- und Stahlsektor. Norwegen machte auf zusätzliche Probleme im Bereich der Seeschifffahrt und des Fischfangs aufmerksam.

Schweizerischer- und österreichischerseits stellte man fest, dass seit Abschluss der Freihandelsabkommen die Handelsbeziehungen mit den EG stärker zugenommen haben als der Handel mit den EFTA-Ländern. Dies dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, dass Handelsverlagerungen, die nach Schaffung der EG eingetreten sind, nun abgebaut werden konnten. Trotzdem sprach man die Hoffnung aus, dass der EFTA-interne Handel nicht weiter zurückgehe und eine Erosion der EFTA vermieden werden könne.

## 1.2 Problemsektoren

### 12.1 Stahl

Die Erfahrungen der EFTA-Länder mit der Vereinbarung über Stahlprodukte sind gemischt. Lediglich Oesterreich zeigte sich im ganzen befriedigt vom Funktionieren dieser Uebereinkunft. Das Preisniveau für österreichische Stahlexporte sei nach Abschluss der Vereinbarung gestiegen und habe sich nun stabilisiert, was als eine Verbesserung der Bedingungen für die österreichische Stahlindustrie bezeichnet werden könne. Auch Schweden und Norwegen begrüßten grundsätzlich die mit der Uebereinkunft verbundene Erhöhung der Stahlpreise, beklagten jedoch eine gewisse Abnahme ihrer Stahlexporte nach der Gemeinschaft. Dies trifft besonders auch für Finnland zu, dessen Stahlexporte um mehr als 10 % zurückgingen. Schweizerischerseits wies man darauf hin, dass sich die Schweiz nicht dem EGKS-Preissystem angeschlossen habe und deshalb unsere Uebereinkunft nicht mit jenen der übrigen EFTA-Länder zu vergleichen sei. Nach anfänglichen Schwierigkeiten könne nun gesagt werden, dass das Stahlarrangement zufriedenstellend funktioniere.

Alle Parteien erklärten sich grundsätzlich damit einverstanden, die Stahlübereinkommen um ein weiteres Jahr zu verlängern. Währenddem jedoch Norwegen und die Schweiz keine Veränderung ihrer Arrangements wollen, möchten Finnland (sehr entschieden) und Schweden (mit weniger Nachdruck) das Referenzjahr ändern.

Grössere Zurückhaltung zeigen jedoch die EFTA-Länder bezüglich gewisser von der EG lancierten Ideen. Besonders der EG-Vorschlag der Regionalisierung sei sehr problematisch und stelle einen Schritt in



Richtung quantitativer Einfuhrbeschränkungen dar. Schweizerischerseits betonte man besonders, dass durch eine Regionalisierung die Freihandelszone aufgerissen würde, was verhindert werden sollte. Lediglich Oesterreich zeigte eine gewisse Flexibilität und betonte, "man müsse sich mit den Fakten des Lebens abfinden".

## 12.2 Papier

In allen Freihandelsabkommen der EFTA-Länder mit der EWG kommt für Papier und gewisse Papierprodukte ein verlangsamter Zollabbaukalender zur Anwendung. Ferner bestehen verschiedene Richtplafonds, bei deren Ueberschreitung die Gemeinschaft das Recht hat, wieder Zölle einzuführen. Von dieser Möglichkeit hat die EWG 1978 Gebrauch gemacht, was teilweise zu recht heftigen Reaktionen der nordischen Länder führte, die grosse Exportinteressen im Papiersektor haben.

Besonders beklagten sich die EFTA-Länder auch über die Handhabung und Heraufsetzung der Freihandelsquoten für Papier in Grossbritannien, in einem geringeren Masse in Dänemark. Die EFTA-Länder kamen überein, sich in dieser Angelegenheit zu konsultieren und gemeinsam zumindest darauf hinzuwirken, dass wie vorgesehen, 1984 Freihandel auch für Papier und Papierprodukte hergestellt wird.

## 12.3 Textilprodukte

Portugal beklagte sich über handelsbeschränkende Massnahmen im Textilbereich. Die Textilausfuhren machen 30 % der portugiesischen Ausfuhren aus, sodass Portugal von restriktiven Massnahmen in diesem Bereich besonders betroffen wird. Die sogenannten "self-restraint agreements" seien mengenmässigen Einfuhrbeschränkungen vergleichbar. Negative Auswirkungen auf den portugiesischen Aussenhandel seien nicht ausgeblieben. Die EG sei nun mit dem Wunsch an Portugal herantreten, ein Abkommen abzuschliessen, das bis 1982 laufen soll. Dies widerspricht dem Freihandelsabkommen der EWG mit Portugal, das vorsieht, dass 1980 Freihandel auch im Textilbereich hergestellt wird.

## 12.4 Ursprungsregeln

Die EFTA-Länder haben sich seit vielen Jahren für eine Liberalisierung der Ursprungsregeln in den Freihandelsabkommen eingesetzt, ohne jedoch bisher Erfolge zu erzielen. Allgemein überwog jedoch der Eindruck, dass die Gemeinschaft heute in dieser Angelegenheit zu gewissen Kompromissen bereit sei. In diesem Zusammenhang meinten die Schweden, dass der von den USA und der EG gemachte Vorschlag betreffend die buchhalterische Trennung auch für die EFTA-Länder annehmbar sein sollte. Währenddem sich Finnland dieser Auffassung anschloss, zeigte man sich schweizerischerseits besorgt darüber, dass die EG und die USA in dieser Sache Konsultationen führten, ohne die EFTA-Länder beizuziehen. Die Ursprungsregeln seien ein Bestandteil



unserer Freihandelsabkommen und können nicht ohne unsere Zustimmung abgeändert werden.

### 12.5 Freier Zugang zu den ausländischen Versorgungsmärkten

Schweizerischerseits legte man einmal mehr den Wunsch nach freiem Zugang zu den ausländischen Versorgungsmärkten dar. Es wurde betont, dass die Schweiz nicht eine Versorgungs- oder gar Liefergarantie anstrebe. Vielmehr gehe es darum, dass sich die EFTA-Länder mit der EG etwa auf folgende Punkte einigen:

- auf dem Versorgungsmarkt sollten EFTA-Länder als Käufer undiskriminiert zugelassen werden;
- EFTA-Länder sollten Waren kaufen dürfen, falls sie bereit sind, den aus Angebot und Nachfrage sich ergebenden Preis zu bezahlen, und
- dass Güter alsdann kontingentsfrei in die EFTA-Länder exportiert werden können.

Sollte eine allgemeine Mangellage eintreten, so müsste zudem darauf geachtet werden, dass zumindest der "courant normal" aufrechterhalten bleibe.

Die übrigen EFTA-Länder erklärten sich damit einverstanden, diesen Vorschlag im Rahmen der EFTA weiterzuprüfen.

### 12.6 Zollabbau von Island

Island wies darauf hin, dass seit Abschluss seiner Freihandelsabkommen sich die wirtschaftliche Lage grundsätzlich geändert habe. Island sehe sich gegenwärtig grossen Zahlungsbilanzschwierigkeiten gegenüber, das Inflationsproblem sei nicht gelöst und die kleine, nicht sehr konkurrenzfähige Industrie gerate aufgrund des vorgenommenen Zollabbaues unter zunehmenden Druck. Seit einigen Monaten diskutiert man deshalb in Island, ob man nicht vorläufig auf die letzten beiden Zollreduktionen verzichten sollte. Der isländische Delegierte konnte mitteilen, dass zwar anfangs 1979, wie vorgesehen, der Zoll um weitere 10 % reduziert werde. Doch werde Island an die EG und die EFTA-Länder mit dem Wunsch gelangen, den letzten Zollabbauschritt zu verschieben. Er sicherte den EFTA-Ländern zu, dass sie dabei gegenüber der EG nicht diskriminiert werden.

## 2. Integrationsmassnahmen der zweiten Generation

Dieser Traktandenpunkt wurde schweizerischerseits eingeführt, wobei einleitend besonders die Notwendigkeit eines vermehrten Austausches von Informationen hervorgehoben wurde. Der EFTA komme diesbezüglich die Funktion eines "clearing-house" zu. Ohne auf eine Blockbildung der EFTA-Länder gegenüber der EG hinarbeiten zu wollen, würden die zuständigen schweizerischen Stellen begrüssen, wenn von



Zeit zu Zeit in Genf Sitzungen der Delegationschefs mit Experten aus den Hauptstädten stattfinden könnten. Anschliessend ging der schweizerische Sprecher, Minister F. Blankart, im Detail auf die verschiedenen Integrationsmassnahmen der zweiten Generation ein. Im besonderen erwähnte er Verhandlungen im Bereich der Versicherungen, den Omnibusverkehr, die bevorstehende Eröffnung von Verhandlungen über die schweizerische Beteiligung am EURONET, COST, die thermonukleare Fusion, sowie die verschiedenen Konsultationen mit der Gemeinschaft im Bereich des Umweltschutzes, der Wirtschaftspolitik und des Transportwesens.

Auch die übrigen EFTA-Länder gaben einen Ueberblick über ihre Tätigkeiten im Bereich der Integrationsmassnahmen der zweiten Generation. Dabei kam zum Ausdruck, dass Oesterreich und Schweden ähnlich aktiv sind wie die Schweiz, währenddem Finnland und Norwegen sich etwas mehr Zurückhaltung auferlegen. Interessant war auch, dass die nordischen Länder ihr Interesse an der Industriepolitik der Gemeinschaft stark unterstrichen. Sie hoben hervor, dass man in Brüssel darauf hinwirken sollte, dass Westeuropa nicht nur als gemeinsamer Freihandelsraum sondern auch als gemeinsame Industriezone verstanden werde. Die nordischen Länder zeigten sich überdies befriedigt vom bisherigen Funktionieren des Informationsaustausches unter den EFTA-Ländern, waren jedoch grundsätzlich mit einer Intensivierung, die nicht zu einer Blockbildung führen sollte, einverstanden.

Schweizerischerseits regte Botschafter Sommaruga an, dass man einen Schritt weitergehe. Konkret schlug er vor, dass man sich bemühen sollte, die gestaltende Mitwirkung, wie sie, auf informeller Basis, bereits bezüglich gewisser technischer EG-Richtlinien realisiert worden sei, auszubauen. Auch die Zusammenarbeit mit der EG in CEN, CENELEC und ISO sollte verstärkt werden. Des weitern wäre man schweizerischerseits bereit zu prüfen, ob das INST-Verfahren nicht auf Basis der Reziprozität auf die EG ausgedehnt werden könnte. Eingehend auf die in der EG laufende Diskussion und den Vorstoss der EFTA-Länder betreffend die europäische Marke regte Botschafter Sommaruga an, im Markenwesen eine ähnliche Lösung wie im Patentbereich zu suchen.

Die EFTA-Länder einigten sich darauf, die verschiedenen Anregungen gemeinsam zu prüfen und eine Intensivierung des Informationsaustausches in Angelegenheiten der Integrationsmassnahmen der zweiten Generation ins Auge zu fassen. Einem Vorschlag des Generalsekretärs, die EFTA solle auf die Erklärung der Kommission an den Rat über die Beziehungen zwischen den EFTA-Ländern und der EG reagieren, wurde nicht entsprochen, da die EFTA-Länder der Auffassung sind, sie hätten in ihrer Erklärung vom Wiener Gipfeltreffen der EG konkrete Anregungen unterbreitet, und es sei nun an der EG, auf diese Vorschläge zu reagieren.

### 3. Erweiterung der EG

Die österreichische Delegation, welche diesen Traktandenpunkt einführte, unterstrich, dass nach ihrer Auffassung alle neuen EG-Mit-



gliedern alle Rechte und Pflichten (acquis communautaire) von Gemeinschaftsmitgliedern übernehmen müssten. Dies treffe besonders auch für Verträge und Abkommen der Gemeinschaft mit Drittstaaten zu. Falls Uebergangsabkommen notwendig seien, so müssen diese zwischen den Vertragsparteien (den einzelnen EFTA-Ländern und der EG-Kommission bzw. den EGKS-Mitgliedern) ausgehandelt werden. Der Beitritt Griechenlands zur EG stellt nach österreichischem Dafürhalten einen Präzedenzfall für die zweite Erweiterung der EG dar. Es sei wichtig, dass die EFTA-Länder vor und während allfälligen Verhandlungen enge Kontakte unterhalten. Man müsse der EG ihre Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Freihandels in Europa klarmachen.

Besonders ging der österreichische Sprecher auch auf das Nord-Süd-Problem ein, das durch den Beitritt Griechenlands, Portugals und Spaniens zur EG geschaffen werde. Die damit für die EG verbundenen Probleme dürften nicht ohne Auswirkungen auf die EFTA-Länder bleiben. In einer solchen Situation komme einer Intensivierung der Zusammenarbeit der EFTA-Länder gegenüber der EG besondere Bedeutung zu.

Portugal informierte kurz über den Stand der Beitrittsverhandlungen. Am 17. Oktober seien diese Gespräche offiziell eröffnet worden und am 1. Dezember finde eine erste Runde der "Stellvertreter" statt, wobei es in erster Linie um Prozedurfragen gehen werde. Da Portugal mit der EG bereits ein Freihandelsabkommen abgeschlossen habe, sollte der Beitritt Portugals zumindest im Zollsektor keine grösseren Schwierigkeiten aufwerfen. Man rechne mit einer Verhandlungsdauer von zwei bis drei Jahren, sodass die Mitgliedschaft Portugals 1983 rechtswirksam werden könnte. Portugal sicherte den EFTA-Ländern zu, dass aufgrund des Beitrittes Portugals zur EG für die EFTA-Länder keine Diskriminierungen geschaffen werden sollten.

Die übrigen EFTA-Länder dankten Portugal für seine Informationen und stimmten weitgehend den Darlegungen der österreichischen Delegation über die Auswirkungen der zweiten Erweiterung der Gemeinschaft auf die EFTA-Länder zu. Interessanterweise war es in diesem Zusammenhang gerade Finnland, das vor einer Erosion der Freihandelsbeziehungen warnte. Bereits im jetzigen Zeitpunkt bestände im EG-Raum ein Ungleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot in gewissen Wirtschaftssektoren. Durch die Ausdehnung der Gemeinschaft nach Süden dürfte die interventionistische Politik der Gemeinschaft zunehmen, was eine vermehrte Planung der wirtschaftlichen Entwicklung in Westeuropa mit sich bringen dürfte. Die EFTA-Länder sollten deshalb bereits jetzt darauf hinwirken, dass die EG die industrielle Kapazität der EFTA-Länder bei solchen Ueberlegungen mitberücksichtige und sichergestellt werde, dass es nicht zur Beeinträchtigung der transnationalen Handelsströme komme.



- 7 -

## 5. Andere Probleme

### 5.1 Transport und Landwirtschaft

Oesterreich informierte über seine Gespräche im Transport- und Landwirtschaftsbereich mit der EG. Die diesbezüglichen österreichischen Erklärungen liegen dieser Notiz bei (vgl. Beilagen II und III). Aus Zeitgründen war es nicht mehr möglich, eine längere Diskussion über diese beiden Punkte durchzuführen. Ferner hat es sich bereits bei der Vorbereitung des Treffens hoher Beamter gezeigt, dass die Interessen der EFTA-Länder in diesen beiden Fragen nicht parallel laufen.

### 5.2 Europäisches Währungssystem

Einem schweizerischen Vorschlag folgend kamen die Tagungsteilnehmer überein, diesen Traktandenpunkt vertraulich in einer kleinen Gruppe zu behandeln. Schweizerischerseits nahmen der Direktor der Handelsabteilung sowie Botschafter Caillat an dieser Diskussion teil.

## 6. Abschliessende Betrachtungen

Alle Teilnehmer waren der Auffassung, dass dieses Treffen hoher Beamter einen interessanten und nützlichen Meinungs austausch ermöglicht hat. Interessanterweise beschränkte man sich jedoch weitgehend auf den Austausch von Informationen. Eine eigentliche Diskussion über die politischen Implikationen, z.B. der Integrationsmassnahmen der zweiten Generation und der zweiten Erweiterung der EG, fand nicht statt. Auch über organisatorische und institutionelle Fragen, wie die Zusammenarbeit unter den EFTA-Ländern gegenüber der Gemeinschaft intensiviert werden könnte, wurde nicht diskutiert.

Offensichtlich steht man erst am Anfang einer Entwicklung, und es kann im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gesagt werden, wie sich die Intensivierung der Zusammenarbeit der EFTA-Länder gegenüber der EG entwickeln wird. Für die Durchführung weiterer Treffen stellt sich jedoch zumindest die Frage, welches das geeignete Niveau für die Durchführung solcher Diskussionen darstellt. So regte man schweizerischerseits Treffen auf mittlerer Beamtenstufe an. Man könnte sich auch vorstellen, dass gewisse, besonders politische Fragen in einem kleineren Kreis vertieft werden könnten.

Beilagen erwähnt

DER DELEGATIONSCHEF:

Kopie mit Beilagen an:

- Hrn. Botschafter Sommaruga
- Politische Direktion, EPD (C. Jagmetti)
- Finanz- und Wirtschaftsdienst, EPD
- Schweizerische Mission, Brüssel